

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Holger Kühnlenz (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung namens der Landesregierung

Wirtschaftliche Perspektive der niedersächsischen Chemieindustrie

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi und Holger Kühnlenz (AfD), eingegangen am 14.03.2023 - Drs. 19/888
an die Staatskanzlei übersandt am 15.03.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung namens der Landesregierung vom 15.05.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Zum 09.03.2023 riefen die Gewerkschaften IG BCE, IG Metall und IG Bau zu einem bundesweiten Aktionstag auf, um auf eine „drohende Deindustrialisierung Deutschlands“ hinzuweisen, ausgelöst durch die hohen Strompreise. Energieintensive Branchen benötigten einen günstigen Industriestrompreis, der international wettbewerbsfähig sei und der eine langfristige betriebliche Planbarkeit zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen ermögliche.¹ Nach aktuellen Medienberichten soll ein EU-Geheimpapier zu den akuten Gefahren der Energiepolitik existieren, es drohe ein schockartiger Verlust von Arbeitsplätzen, bedroht sei vor allem der Mittelstand.²

Besonders betroffen ist die Chemieindustrie in Deutschland, sie steht im internationalen Vergleich an dritter Stelle, nach China und den USA, gleichauf mit Japan. Die Branche bildet den drittgrößten Wirtschaftszweig in Deutschland, auf sie entfallen rund 11 % der nationalen Industrieproduktion und knapp 23 % der Bruttowertschöpfung. Existenziell sind für die deutschen Betriebe daher sowohl der Import der wichtigsten Rohstoffe über sichere Lieferketten als auch günstige Energiekosten im eigenen Land, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. In Niedersachsen hat die Chemieindustrie eine Wertschöpfung von über 12 Milliarden Euro, wobei rund zwei Drittel des Umsatzes im Export erwirtschaftet werden. Die Branche sichert im Bundesland rund 25 000 Arbeitsplätze. Die Betriebsstruktur ist überwiegend mittelständisch; diese Betriebe können im Gegensatz zu multinationalen Konzernen die hohen Produktionskosten im eigenen Land nicht durch Produktionsverlagerungen ins Ausland kompensieren.

Schon Ende 2022 meldete der Verband VCI, dass die Ertragslage durch gestiegene Energie-, Rohstoff- und Vorproduktpreise „dramatisch“ schlechter geworden sei: 80 % der Unternehmen meldeten rückläufige Ertragszahlen, 25 % wiesen Verluste aus.³ Anfang 2023 sah sich die Branche vor einer „Existenzkrise“⁴ Die Kapazitäten in der Chemieindustrie waren nur noch zu 74,3 % ausgelastet.⁵ Im 1. Quartal 2023 glaubten Konzerne wie BASF, Dow und Lanxess nicht mehr an wettbewerbsfähige

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Industrie-Bundesweite-Proteste-fuer-haertere-Strompreisbremse,industriestrompreis100.html

² <https://www.bild.de/bild-plus/geld/wirtschaft/wirtschaft/brisantes-eu-geheimpapier-ueber-unsere-unternehmen-deutschland-droht-der-job-sch-83123740.bild.html>

³ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chemieindustrie-jedes-vierte-chemieunternehmen-macht-verlust-vci-warnt-vor-dramatischer-entwicklung/28870336.html>

⁴ <https://www.chemanager-online.com/news/chemieindustrie-der-existenzkrise>

⁵ <https://www.wiwo.de/politik/konjunktur/chemie-ifo-stimmung-in-deutscher-chemieindustrie-truebt-sich-ein/28965228.html>

Energiepreise und planen konkret den Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Investitionen und Kapazitäten ins Ausland.⁶

Am 20.02.2019 hatten Vertreter von IG BCE, UVN und VCI Nord mit Wissen des Wirtschaftsministeriums ein Positionspapier beschlossen, das bereits auf die Gefahren der Energiewende für die Wirtschaft hinwies. Zudem investierten internationale Unternehmen nicht mehr in Deutschland oder der EU, sondern in Asien und den USA.⁷

Am 24.02.2023 verkündete der Chemiekonzern BASF, in Deutschland eine vierstellige Zahl an Stellen abzubauen und Investitionen nach China zu verlagern. Gründe dafür seien die hohen Energiepreise und die hohe bürokratische Überregulierung in der EU.⁸

Vorbemerkung der Landesregierung

Der Landesregierung ist es wichtig, dass die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Chemieindustrie unter den im internationalen Vergleich hohen Sicherheitsanforderungen erhalten bleibt. Deshalb setzt sie sich gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission dafür ein, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland im Hinblick auf die Energiekosten durch eine gezielte Unterstützung der Transformation der Unternehmen zur Klimaneutralität gestärkt wird und das gemeinsame Ziel eines hohen Schutzniveaus für die menschliche Gesundheit und die Umwelt insbesondere durch die Unterstützung von Forschung, Technologie und Innovationen erreicht und nicht ausschließlich auf Restriktionen und Verbote gesetzt wird. Die EU-Kommission sollte zunächst einen konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog mit der betroffenen Wirtschaft führen, bevor konkrete Vorschläge zur Änderung von Vorschriften gemacht werden.

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Inhalte des sogenannten EU-Geheimpapiers? Welche Informationen erhält die Landesregierung über ihre bundes- und europapolitischen Vertreter?

Das Papier mit der Überschrift „EU competitiveness and resilience - current risks“ stammt aus der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (DG GROW) der EU-Kommission und beschäftigt sich mit aktuellen Risiken für die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen.

In dem Papier wird darauf eingegangen, dass der Grüne Wandel für die Unternehmen in Europa durch die Energiekrise und die im weltweiten Vergleich sehr hohen Energiepreise erschwert ist. Insbesondere droht durch den Inflation Reduction Act (IRA) der USA die Gefahr, dass erhebliche Verschiebungen der Produktion zulasten der EU eintreten, weil für die Produktion sogenannter Grüner Technologie (Wasserstoff, Windenergieanlagen, Solaranlagen, e-Autos etc.) in Nordamerika erhebliche Subventionen in Aussicht gestellt werden. Eine Umfrage unter den Teilnehmenden des European Roundtable for Industry hat ergeben, dass das Vertrauen der CEOs und Vorstände erheblich gesunken ist; Investitionen sollen pausiert oder reduziert werden. Fast ein Viertel plant, Anteile, Produktion oder Jobs ins Ausland zu verlagern.

Zudem wird in dem Papier dargelegt, dass auch China versucht, energieintensive Unternehmen zu überzeugen, dort zu investieren. BASF hat bereits verkündet, sein Engagement in Europa zugunsten einer neuen Produktionsstätte in China zurückzufahren. Volkswagen und Tesla planen ebenso, dort zukünftig für den Import nach Europa zu produzieren; Europa droht erstmals Netto-Importeur zu werden. Es drohen negative Auswirkungen auf Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Europa, auf den europäischen Arbeitsmarkt und weiterer Druck auf den Binnenmarkt.

⁶ <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/702136/Energie-in-Deutschland-weiter-zu-teuer-Unternehmen-wandern-ab>

⁷ <https://www.mw.niedersachsen.de/download/150441>

⁸ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/chemiekonzern-basf-streicht-weltweit-2600-stellen-scharfe-kritik-der-arbeitnehmer/29001264.html>

Im Folgenden werden die Antworten der Mitgliedstaaten zusammengefasst, die auf eine Abfrage der DG GROW infolge des Wettbewerbsrats am 29.09.2022 eingegangen sind. Die meisten Mitgliedstaaten verzeichnen einen sehr ernsten negativen Einfluss der aktuellen Krise auf die energieintensiven Industrien und KMU infolge der gestiegenen Energie- und Rohmaterialpreise. Die meistbetroffenen Branchen sind die chemische Industrie (besonders Düngemittel), Metall, Zement, Aluminium, Stahl, Keramik, Magneten, Baugewerbe, Glas, Kunststoffe, Papier, Holzverarbeitung, die Möbelfertigung, Fahrzeuge, Elektronik, das Transportgewerbe, Nahrungsmittel, Restaurants, Hotels, etc. Danach sind KMU besonders betroffen, weil sie in der Regel eine geringere Liquiditätsdecke haben und schwerer Kosten an Kunden weitergeben können. Die Mitgliedstaaten sprechen sich für befristete und gezielte Maßnahmen bezüglich spezifischer Lieferketten aus, die jedoch die Langfristperspektive (Grüne Energie, Energieunabhängigkeit) in den Blick nehmen sollen. Die Mitgliedstaaten sind für die Verlängerung des (im September 2022 noch geltenden) befristeten Krisenrahmens bis Ende 2023. Ein Subventionswettbewerb muss aber vermieden werden. Weiterhin sprechen sich die Mitgliedstaaten für weniger Geschwindigkeit für neue regulatorische Vorgaben aus. Es bestehen Sorgen hinsichtlich der Verlagerung nach außerhalb der EU und verminderter Investitionen in Forschung und Entwicklung wegen bestehender Unsicherheiten.

In einem Annex befindet sich eine Tabelle mit geplanten (Teil-)Schließungen von Produktionsanlagen, aufgeteilt nach Branche und Mitgliedstaat. Aus Niedersachsen ist ein Zinkwerk von Glencore in Nordenham genannt. In einem weiteren Annex befindet sich eine Übersicht von Ankündigungen von ausländischen Direktinvestitionen und ihrer möglichen Umlenkung von der EU nach Nordamerika und China. Von Unternehmen mit niedersächsischem Hauptsitz wird Volkswagen mit seinen Entscheidungen über die Verschiebung des Baus einer Batterie-Gigafabrik in Osteuropa, der Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding mit Kanada bezüglich der Batterieproduktion, der Aufnahme der Produktion im U.S.-Werk in Chattanooga und dem Bau von Autos in China zwecks Import nach Europa genannt. Der letzte Annex zeigt die Hauptakteure der EU-Photovoltaik-Wertschöpfungskette. Ein Unternehmen mit Hauptsitz in Niedersachsen ist nicht dabei.

2. Wie bewertet die Landesregierung die hohen Kosten des Industriestroms und die drohende Wirtschaftskrise vor dem Hintergrund der Energiewendepolitik im Bund und insbesondere der Energiepolitik in Niedersachsen?

Die Landesregierung beobachtet die Preisentwicklung im Energiebereich sehr genau. Um besondere Belastungen im Industriebereich abzufedern, hat sich die Landesregierung an der Entwicklung der sogenannten Preisbremsen auf Bundesebene konstruktiv beteiligt. Auch die von der Landesregierung geforderte Abschaffung der EEG-Umlage konnte im vergangenen Jahr erreicht werden.

Um Niedersachsen von Preisspitzen auf den internationalen Energiemärkten unabhängiger zu machen, verfolgt die Landesregierung zudem ehrgeizige Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Preisentwicklung bei den fossilen Energieträgern im vergangenen Jahr hat verdeutlicht, dass nur über einen weiter steigenden Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien ein sozialverträglicher und wettbewerbsfähiger Strompreis gewährleistet werden kann.

Die Landesregierung setzt sich überdies aktuell gegenüber der Bundesregierung besonders für verbesserte Rahmenbedingungen für energieintensive Unternehmen, die sich im Prozess der Transformation befinden bzw. in diesen einsteigen, sowie für die Neuansiedlung strategisch wichtiger Branchen für die Umsetzung der Klimaneutralität ein. Hierzu hat die Landesregierung am 26.04.2023 einen konkreten Vorschlag für die Einführung eines Transformationsstrompreises und einer Investitionsprämie vorgelegt. Ziel ist es, die energieintensive Industrie in Deutschland zu halten, die Transformation zur Klimaneutralität zu ermöglichen und für die Energiewende notwendige Neuansiedlungen zu unterstützen. Der Transformationsstrompreis soll dabei ausreichend Planungssicherheit für zehn Jahre schaffen, bis alternative Instrumente wie Klimaschutzverträge oder EE-Ausschreibungen für Industriebetriebe in hinreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen. Während des Übergangszeitraums sollte - je nach Entwicklung auf dem Strommarkt und dem EE-Dargebot - regelmäßig überprüft werden, ob ein Transformationsstrompreis angemessen bleibt.

Von diesen Maßnahmen könnte u. a. die chemische Industrie profitieren, wenn beispielsweise die Unternehmen eine klare Transformationsstrategie verfolgen oder gezielt Strom aus erneuerbaren Energien in räumlicher Nähe zum Verbrauchsort nutzen.

Eine ausführliche Darstellung des Vorschlags der Landesregierung kann unter <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/niedersachsen-prasentiert-konkreten-vorschlag-fur-einen-transformationsstrompreis-und-eine-investitionspramie-221726.html> abgerufen werden.

3. Welche der in dem Positionspapier von 2019 genannten Forderungen und Maßnahmen wurden bisher von der Landesregierung in der 18. und 19. Legislaturperiode umgesetzt? Welche konkreten Maßnahmen sind derzeit in Planung?

Entscheidungen zu den im Positionspapier angesprochenen Themen werden zu einem großen Teil auf Ebene der Bundesregierung sowie der Europäischen Kommission getroffen. Insofern ist das gemeinsame Positionspapier des niedersächsischen Wirtschaftsministers und der niedersächsischen Chemieindustrie von 2019 auch dafür gedacht, die aufgeführten Themen und Forderungen in die industriepolitische Diskussion und die Gesetzgebungsprozesse auf nationaler und europäischer Ebene einzubringen.

Mit der Bitte, sich für die aufgeführten Forderungen und Empfehlungen einzusetzen, wurde das Positionspapier daher Anfang 2020 an die Fraktionsvorsitzenden, die Landesgruppengeschäftsführer der CDU und SPD sowie an die niedersächsischen EU-Abgeordneten verschickt.

Auch in aktuellen Appellen, z. B. einem Schreiben an ausgewählte Bundesminister im Dezember 2022, hat der niedersächsische Wirtschaftsminister um eine stärkere Unterstützung der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission bei Entscheidungen zur europäischen Chemikalienpolitik im Sinne der deutschen Industrie gebeten.

In vielen Bundesratsverfahren, z. B. Biozid-DVO (Br-Drs. 404/21), Bedarfsgegenstände-VO (BR-Drs. 655/21), CLP-VO (BR-Drs. 41/23), setzt sich das niedersächsische Wirtschaftsministerium dafür ein, dass deutsche Chemieunternehmen durch neue EU-Regularien, z. B. unter REACH, nicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Insbesondere beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft hat sich das Land Niedersachsen in den letzten Jahren stark engagiert. Mit 18 IPCEI-Wasserstoffprojekten, die von der Bundesregierung für eine Förderung ausgewählt wurden und für die das Land Niedersachsen eine Kofinanzierung von 30 % übernimmt, schafft Niedersachsen gute Voraussetzungen für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie. Das gilt auch für die Chemieindustrie, die bei einem dieser Projekte Antragsteller ist.

Aktivitäten zu Energiekosten siehe Antwort zu Frage 2.

4. Welche Informationen hat die Landesregierung über die Abwanderung niedersächsischer Chemieunternehmen aus dem Bundesland?

Nach aktuellem Kenntnisstand der Landesregierung sind keine niedersächsischen Chemieunternehmen aus Niedersachsen abgewandert.

5. Welche Informationen hat die Landesregierung über drohende Werksschließungen oder Arbeitsplatzverluste in der niedersächsischen Chemieindustrie?

Ein niedersächsisches Chemieunternehmen ist in den Standby-Modus gewechselt. Dabei wurde das Personal größtenteils in eine Transfergesellschaft überführt. Für ein weiteres Chemieunternehmen wurde ein Abbau von Arbeitsplätzen in Europa und Deutschland angekündigt, aber (noch) nicht für einzelne Standorte bekannt gegeben. Weitere Erkenntnisse liegen der Landesregierung hierzu nicht vor.

6. Welche Schritte plant die Landesregierung, um auf Bundes- und EU-Ebene dafür zu sorgen, dass die von der EU-Kommission für dieses Jahr geplante REACH-Revision zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Chemieunternehmen führt, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen?

Die EU-Kommission hat im zweiten REACH Review Prozess 2018 prioritäre Handlungsfelder für die laufende Revision der REACH-Verordnung identifiziert und diese in der Folge näher beleuchtet. Die Veröffentlichung des Änderungsentwurfes der REACH Verordnung ist von der EU Kommission für das vierte Quartal 2023 angekündigt worden.

Welche der 2018 von der EU-Kommission priorisierten Anpassungen in dem noch vorzulegenden Änderungsentwurf in welcher Ausprägung enthalten sein werden, kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht verlässlich abgeschätzt werden. In der Diskussion mit den beteiligten Gruppierungen in Niedersachsen wurden 2018 auf Basis der seinerzeit von der Kommission veröffentlichten Priorisierung Ansatzpunkte für mögliche Optimierungen entwickelt und einvernehmlich beschlossen. Ansatzpunkte für Weiterentwicklungen sind beispielsweise der Entzug der Registrierungsnummer bei schwerwiegenden Mängeln in Registrierungs dossiers, die Optimierung der bestehenden Risikomanagementmaßnahmen und die Berücksichtigung der Belange von kleinen und mittleren Unternehmen, soweit dies systematisch möglich ist.

Eine Prüfung, welche konkreten Schritte zur Unterstützung niedersächsischer Unternehmen bis zum Inkrafttreten der zukünftigen Regelungen der REACH-Verordnung sinnvoll und notwendig sind, kann nach dem Vorliegen des Ende 2023 erwarteten Entwurfs zur Änderung der REACH-Verordnung beginnen.

Damit es auch zukünftig möglich ist, gefährliche Chemikalien herzustellen und zu verwenden, wenn kein Risiko für Mensch und Umwelt besteht, hat der Wirtschaftsminister im Mai 2022 eine entsprechende Bitte an Kommissionspräsidentin von der Leyen übermittelt. Insbesondere hat er sich gegen zusätzliche bürokratische Belastungen, vor allem für KMU, eingesetzt.

7. In welchem Umfang profitieren derzeit niedersächsische Unternehmen mit hohen Stromkosten von der Begrenzung der EEG-Umlage im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) (bitte um Auflistung der Top-30-Unternehmen und der jeweiligen Ausgleichssumme)?

Die EEG-Umlage wurde zum 01.07.2022 für alle Unternehmen und privaten Haushalte in Deutschland abgeschafft.

8. Wie bewerten die Landesregierung und die Spitzenverbände der niedersächsischen Wirtschaft die vorhandene Netzstabilität und die Kostensituation bei der Energieversorgung in Niedersachsen in diesem Jahr? Welche Szenarien der Stromverknappung können sich ab dem 15.04.2023 infolge der Stilllegung des Kernkraftwerks Emsland ergeben?

Die Lage im Stromsystem wird als stabil angesehen. Es gibt derzeit keine kritischen Entwicklungen. Stromnetzbetreiber sind nach dem Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet, für die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Elektrizitätsversorgung in ihrem Netz zu sorgen (§§ 13, 14 EnWG).

Aus Sicht der Landesregierung ist das Atomkraftwerk Emsland für eine stabile Stromversorgung und die Gewährleistung der Netzstabilität in Niedersachsen nicht erforderlich. Die Landesregierung verweist in diesem Kontext auf die Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Wie gefährdet ist unsere Stromversorgung?“ (Drs. 18/11557).

Die Kostensituation der Energieversorgung in Niedersachsen wie in Deutschland insgesamt hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich beruhigt. Überdies wird auf die Antwort auf Frage 2 und den Vorschlag der Landesregierung zur Einführung eines Transformationsstrompreises sowie einer Investitionsprämie verwiesen. Die Landesregierung steht, auch im Hinblick auf diesen niedersächsischen Vorschlag, mit Unternehmen und Verbänden aus Niedersachsen fortlaufend im Austausch, diese sind jedoch kein Organ der Landesregierung.